



## Info & News: Weitere Initiativen gegen Fluglärm in Hamburg

Geschrieben 28. Okt 2015 - 20:05 Uhr



Als logische Konsequenz bezeichnet Martin Mosel, Sprecher der BAW Bürgerinitiative für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein, die Gründung zweier neuer Fluglärmschutzinitiativen in Hamburg. Mit der IFL Initiative für Fluglärmschutz im Hamburger Westen und dem neuen Verein für Fluglärmschutz in Barmbek, Winterhunde und Alsterdorf werden die dortigen Schutzinteressen gebündelt. Einig sind sich alle Fluglärmschutzinitiativen in der Feststellung, dass die steigenden Flugverkehrszahlen und damit die zunehmenden Flugbewegungen über der Stadt das Grundübel darstellen.

Die Flugkorridore werden durch das hohe Verkehrsaufkommen breit aufgefächert. "Fluglärm findet jetzt dort statt, wo bis vor wenigen Jahren keiner war und zu Zeiten, zu denen die Menschen schlafen müssen. Die besonders störenden Flugbewegungen in der Zeit nach 22:00 Uhr und ab 06:00 Uhr sind gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent gestiegen", so Mosel. Die ohnehin lautereren Starts werden durch das fragwürdige Flachstartverfahren zu einer unerträglichen Belastung für die Bürgerinnen und Bürger unterhalb der Korridore. "Das Flachstartverfahren ist für einen Flughafen inmitten der verdichteten Siedlungsbereiche der Stadt Hamburg völlig ungeeignet und steht im Widerspruch zur Empfehlung der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO. Das ist unbestritten und muss sofort für Hamburg beendet werden", fordert Mosel.

6.500 Beschwerden in den ersten neun Monaten dieses Jahres, 3.000 mehr als im Vorjahr, und der anhaltende bürgerliche Protest gegen den ausufernden Fluglärm in Hamburg und dem Umland zeigt, wie dringend erforderlich die von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen Schutzmaßnahmen des 16-Punkte-Plans gegen Fluglärm sind. Die [Fluglärmkennzahlen steigen](#) auf neue Höchststände. Die Negativrekorde der vergangenen Jahre und Jahrzehnte werden voraussichtlich deutlich überschritten werden. Senat und Behörden sieht der BAW hier in der Pflicht zu handeln. Für den Schutz der von Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist das auch vom Umweltbundesamt geforderte Nachtflugverbot ab 22:00 Uhr unumgänglich. "20 Prozent der Bevölkerung sind nach Feststellung des Umweltbundesamtes von Fluglärm betroffen. Für Hamburg und das Umland sind das mehr als 500.000 Menschen, deren Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit tagtäglich eingeschränkt wird", stellt Mosel fest.

Die neuen Mitstreiter sind aufgerufen sich auch in der über den 16-Punkte-Plan initiierte "Allianz für den (Flug)Lärmschutz" aktiv zu engagieren. Über den "Initiativenkreis Fluglärmschutz" sind die beteiligten Fluglärmschutzinitiativen vernetzt und stimmen ihre Arbeit in der Allianz gemeinsam ab. "Wir laden die Vertreter der neuen Mitstreiter zu unseren kommenden Arbeitstreffen des Initiativenkreis ein und freuen uns auf die Zusammenarbeit", so Mosel.